FH-SF-01-021-2

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Martin Kirsch (Gießen KV)

Änderungsantrag zu FH-SF-01

Von Zeile 21 bis 28:

~~Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im Hauruckverfahren – ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt.~~

Dabei sind anlasslose Datensammlung, neue Gesetze ohne Nachweis der Wirksamkeit und Behörden mit intransparenter Struktur keine Lösung, sondern verunsichern die Menschen in diesem Land noch mehr. Obwohl es eine hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann, liegen die Antworten auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht in immer mehr Gesetzesinitiativen mit verfassungsrechtlich zweifelhaftem Ausgang, sondern in seriöser und nachhaltiger Sicherheitspolitik, die ihren Blick auf die Wirksamkeit, Rechtsstaatlichkeit und die Folgen für die freiheitliche Gesellschaft richtet.

Begründung

Der Absatz hebt zu stark auf die Innenpolitik der aktuellen Regierung ab, ist in seiner Wortwahl zu wenig ausgewogen („Hauruckverfahren“, „sicherheitspolitische Placebos“) und nimmt Schuldzuweisungen für Ereignisse vor, die auch bei einer grünen Regierungsbeteiligung nur bedingt verhindert worden wären („vermitteln das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt.). Die aktuellen Anschläge hätten wohl auch eine grüne Regierung „überrumpelt“. Es ist vermessen zu versprechen, dass wir mit unseren Vorschlägen quasi „vor die Entwicklung der Kriminalität“ kommen und nicht nur reaktiv tätig werden.

Unterstützer*innen

Armin Bohnert (Freiburg KV); Svea Bernhöft (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Achim Jooß (Alb-Donau KV); Norbert Hense (Ortenau KV); Bernhard Kern (Berlin-Mitte KV); Stefanie Seemann (Pforzheim und Enzkreis KV); Irene Mihalic (Gelsenkirchen KV); Dierk Helmken (Heidelberg KV); Sven Gajo (Göppingen KV); Jens Rügner (Göppingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Oliver C. von Dobrowolski (Berlin-Mitte KV); Ulrich Köpfler (Wangen-Allgäu KV); Margarete Schick-Häberle (Esslingen KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Marco Combosch

(Heidenheim KV); Klaus-Dieter Grothe (Gießen KV); Michael Gangotena (Sigmaringen KV); Anette Dirschnabel (Ettlingen KV); Dennis Melerski (Gelsenkirchen KV)